

Protestpost an 17 527 Haushalte

Stromtrasse: Bürgerinitiative verteilt morgen massenhaft Anleitung zum Widerspruch

Das Faltblatt enthält vier Vorschläge, wie Bürger ihren Protest formulieren können. Die Initiative „Nein zur 380 000 Volt Überlandstromtrasse“ hofft auf zwei Briefe aus jedem Haushalt.

Cloppenburg/Cappeln (kre).

Eine massenhafte Anleitung zum Widerstand landet morgen in 17 527 Cloppenburger und Cappeler Briefkästen. Die Bürgerinitiative gegen die geplante 380 000 Volt-Überland-Leitung unterstützt Bürger, die sich gegen die Freileitung wehren, mit vier ausformulierten Vorschlägen für einen Widerspruch.

Die Mustereinwendungen zum Raumordnungsverfahren um die Höchstspannungsleitung Conneforde - Cloppenburg - Merzen können für individuelle Widersprüche genutzt werden, die bis zum 25. August zentral gesammelt werden sollen. Am 30. August fahren die Initiatoren Gregor Gerwin und Alwin Meyer zusammen mit protestierenden Bürgern zum Amt für regionale Landesentwicklung nach Oldenburg, um die Einwendungen möglichst öffentlichkeitswirksam zu übergeben. Die Sammeladresse lautet:

Alwin Meyer

„Nein zur 380 000-Volt-

Überlandstromtrasse!“

Cappeler Straße 56

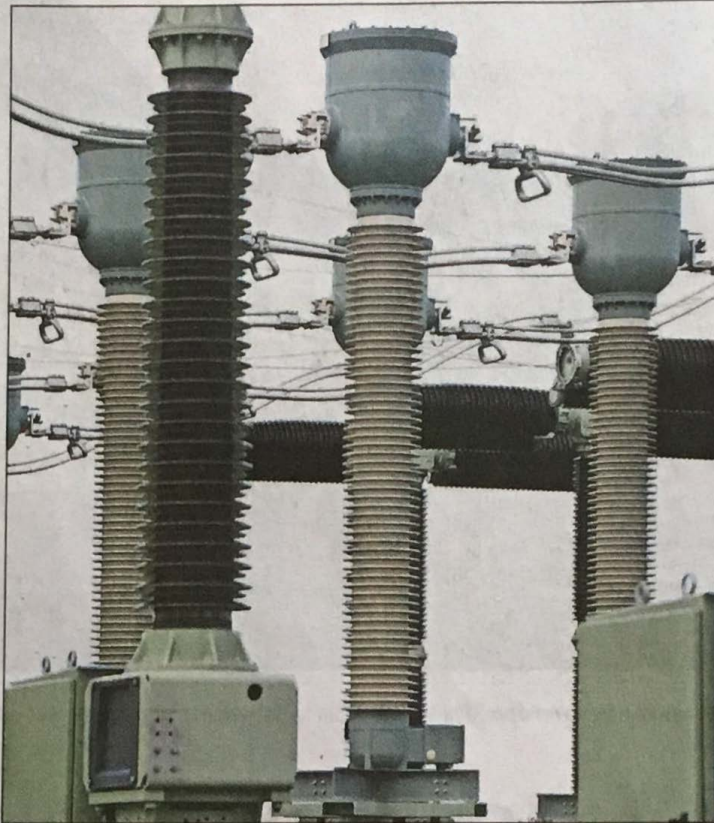
49661 Cloppenburg-Lankum

gerwinundmeyer@gmail.

com

Telefon (044 71) 91 36 138

Nur mit einem massenhaften Protest von unten könne noch eine politische Umkehr durchgesetzt werden, erklärten die Initiatoren. Wenn aus jeder Familie mindestens zwei individuelle Einwendungen bis Ende August eingereicht werden, sei ein Kurswechsel noch möglich, meinen die beiden Akteure.



Mächtige Isolatoren: Ein gewaltiges Umspannwerk wäre nötig, um den Strom in Cloppenburg auf die Freileitung zu schicken. Fotos: Kreke



Der Weg des Stroms: Erste Pläne zeigte der Cloppenburger Planungschef Hermann Asbree auf einer Info-Tour vor zwei Jahren.

Gleichzeitig forderten sie alle politischen und ehrenamtlichen Institutionen der Region auf, unverzüglich deutlicher und vehementer als bisher aktiv zu werden. Der Gemeinderat Cappeln, der Stadtrat Cloppenburg, die Mitglieder des Kreistages, die Bürgermeister, der Landrat, die

Landtags- und Bundestagsabgeordneten, die Kirchengemeinden, die Gewerkschaften und Innungen, Ärzte und Rechtsanwälte, die Kultur- und Sportvereine müssten sich engagieren, wenn sie überzeugend gegen die Trasse vorgehen wollen. Bisher wird die konkrete Gegenwehr (bis auf

ein Gutachten des Landkreises) von Bürgern getragen und auch bezahlt. Die Politik hält sich aus den Kosten dieser Aktionen völlig heraus.

Alternative menschenverträgliche Lösungen zur Höchstspannungsleitung seien „nicht eine Frage von Können, sondern ausschließlich von Wollen“, schreibt die Bürgerinitiative. Die Erdverkabelung sei erprobt und machbar. Die Technologien sind ausgereift, zum Beispiel die von der Firma Siemens entwickelten „gasisolierten Übertragungsleitungen“. Dies sei eine sichere und flexible Alternative zu Freileitungen. Die Vorteile laut Initiative: Bei gleicher Übertragungsleistung werde deutlich weniger Platz benötigt, kein Blitz kann sie treffen, kein Orkan oder Starkregen ihnen etwas anhaben. Das Gelände kann im Anschluss wieder voll landwirtschaftlich genutzt oder bebaut werden.

Ein weiterer herkömmlicher Ausbau des Drehstromnetzes führe nicht zum gewünschten Ziel der jederzeitigen Energiesicherheit. „Alle Fakten sprechen dafür, dass der Windstrom aus der Nordsee ohne Konvertierung als Gleichstrom in den Süden unseres Landes transportiert wird“, meinen die Macher der Aktion: „Und auch mit dem an Land gewonnenen Strom aus dem Raum Cloppenburg sollte so verfahren werden: Er wird ebenfalls in Gleichstrom konvertiert und in den Süden Deutschlands übertragen. Dort, und nur dort, wo er gebraucht wird, sollte er in Drehstrom konvertiert werden.“

Dafür ist offenbar eine Änderung des Bundesbedarfsplangesetzes notwendig. „Wir halten das, solange die Überlandstromtrasse nicht gebaut wurde, für durchsetzbar. Jedoch ist das zuallererst eine Frage an uns und unsere Bereitschaft, das jetzt Notwendige zu tun“, heißt es in dem Aufruf.